

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenköpfige Postzelle oder deren Raum 80 Pfg., Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 299.

Dienstag, den 23. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Die Knechtung der Rheinlande

(Von einem rheinischen Abgeordneten.)

Noch ist der Friede nicht ratifiziert, aber schon steht fest, daß die besetzten Gebiete Westdeutschlands auch nach dem Friedensschluß von den Besatzungsbehörden keine Erleichterung zu erwarten haben. Schwer lastet die Faust des Siegers auf den deutschen Ländern am Rhein, denselben Siegers, der während der Kriegsjahre so viel von Demokratie, von Selbstbestimmung und Freiheit der Völker geredet hat.

In Zukunft wird die höchste Gewalt im Rheinlande von der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Vorsitz des Franzosen Tirard, die ihren Sitz in Koblenz hat, ausgeübt werden. Die von ihr dem deutschen Reichs- und preussischen Staatskommissar zugestellten Verordnungen proklamieren eine fremdländische Diktatur über die Rheinländer, die doch auch nach dem Friedensvertrage deutsche Volksgenossen sind. Das sogenannte „Rheinlandsabkommen“, das einen Anhang zum Friedensvertrag bildet, gibt der Hohen Interalliierten Kommission das Recht, alle Verordnungen zu erlassen, die „für den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungsgruppen und infolgedessen für die öffentliche Ordnung“ notwendig sind. Diese beherrschende Bestimmung des Abkommens wird von der Entente in den nun vorliegenden Verordnungen zu unerhörten Verwaltungsmassnahmen ausgenutzt, die die persönliche, politische und wirtschaftliche Freiheit der Rheinländer außerordentlich bedrohen. Lassen wir einige der wichtigsten Bestimmungen zum Beweise sprechen:

Alle deutschen Behörden und alle Personen im besetzten Gebiete müssen den Befehlen — so lautet die Sprache der gepriesenen westeuropäischen Demokratie — der fremden Militärbehörden in Ausübung ihrer Befugnisse und Vollmachten gehorchen. Deutsche Beamte, die den Befehlen — noch einmal das militaristische Lieblingswort! — zuwiderhandeln, werden nicht nur bestraft, sondern können von der Hohen Kommission ihres Amtes entzogen werden. Alle Verordnungen der Hohen Interalliierten Kommission haben sofort mit ihrer Verkündung Gesetzeskraft, ohne daß die deutschen Parlamente und die deutschen Behörden im deutschen Rheinlande Widerspruch erheben dürfen. Dagegen behält sich die Hohe Kommission die Entscheidung darüber vor, welche Gebiete des Deutschen Reiches und der Länder im besetzten Gebiete Deutschlands angewandt werden dürfen. Wer sich gegen Verordnungen der fremden Besatzung vergeht, kann der Militärgerichtsbarkeit der fremden Besatzungsgruppen überliefert werden. Die deutsche Justiz muß dazu Säugerdienste leisten, und muß nötigenfalls alle behördlichen und sonstigen Urkunden ausliefern. Ob die Beurteilten die Strafe in deutschen oder ausländischen Gefängnissen abzubüßen haben, wird jedenfalls von der Hohen Kommission entschieden.

Die Annahme, die der Militarismus der Entente nach dem Friedensschluß den deutschen Rheinländern zu bieten wagt, steht kaum da, die der nun niedergelagerten deutschen Militarismus während des Krieges. Man muß folgende Bestimmung der Hohen Kommission wörtlich genießen:

„Jede Person, deren Worte, Gebärden oder Haltung mit Bezug auf Mitglieder der Hohen Kommission oder ihre zugeordnete Personen oder mit Bezug auf die Besatzungsgruppen oder irgend ein Mitglied dieser Gruppen oder mit Bezug auf die Fahne oder ein militärisches Emblem der Alliierten und Assoziierten, sich als beleidigend oder unehriglich kennzeichnen, vertritt diejenigen Strafen, welche zur Durchführung der Verordnungen der Hohen Kommission vorgesehen sind.“

Ganz in diesem Geiste militaristischer Gottähnlichkeit ist die Forderung, daß alle deutschen uniformierten Beamten einschließlich der Polizei, der Feuerwehrlente, der Zoll- und der Postbeamten die Fahnen und die Offiziere der Entente zu grüßen haben. Von gefährlicher Dehnbarkeit ist die Bestimmung, daß derjenige mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft wird, der eine Handlung begünstigt (1) oder begeht, die den Zweck hat, Mißstimmung, Unzufriedenheit, oder Disziplinlosigkeit unter den Besatzungsgruppen zu erregen. Eine andere Bestimmung gibt der Hohen Kommission das Recht, jeden Deutschen, dessen Aufenthalt ihr nicht paßt, aus dem deutschen Rheinlande auszuweisen. Höhere Offiziere der Entente haben verlauten lassen, daß solche Personen in Zukunft in manchen Fällen nicht mehr in das unbesetzte Deutschland, sondern in irgend ein Land der Entente verwiesen werden sollen.

Für den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wird der Wahrgang aufrecht erhalten. Auch im besetzten Gebiete selbst muß jede Person über 14 Jahre mit einer Ausweiskarte versehen sein. Post, Telegraphie und Fernsprecher unterliegen der Zensur. Die von der Hohen Kommission ernannten Beamten haben das Recht, die Aushändigung von Briefen und Postsendungen jeder Art zu verlangen. Mit diesen Briefsendungen wird nach Anweisung der Hohen Kommission verfahren.

Auch die Presse wird geknebelt. Die Hohe Kommission behält sich das Verbot von Zeitungen, Schriften und

sonstigen Veröffentlichungen, Drucksachen und Reproduktionen, von Bildern, von Musiknoten, von Filmen vor, soweit sie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gefährden, oder die Sicherheit oder das Ansehen (1) der Hohen Kommission oder der Besatzungsgruppen zu beeinträchtigen geeignet sind. Zeitungen können für einen Zeitraum von 3 Tagen bis 3 Monaten verboten werden.

Politische Versammlungen müssen 48 Stunden vor dem anberaumten Termin angezeigt werden. Die Anzeige hat den Gegenstand der Versammlung und die Liste der Veranstalter zu enthalten. Unter der „Liste der Veranstalter“ versteht man nicht nur die Besatzungsbeamten, sondern auch die Redner der Diskussion vor der Versammlung genannt werden. Selbstverständlich behält sich die Hohe Kommission die Unterbrechung jeder Versammlung vor.

Das Streikrecht der Arbeiter wird vernichtet! In keinem lebenswichtigen Betriebe darf gestreikt werden, ehe nicht alle Einigungsmöglichkeiten und Schlichtungsverfahren erschöpft sind und außerdem noch die Entscheidung der Hohen Kommission angerufen ist. Das gilt von Ausständen in folgenden Betrieben: Eisenbahn und ihre Reparaturwerkstätten, Telegraphen- und Telephon- sowie Postverwaltung, Kohlenbergwerke, Schifffahrt, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Die Hohe Kommission kann jedoch diese Verordnung jederzeit durch einen gehörig verkündeten Befehl auf jedes andere Unternehmen anwenden. Damit ist tatsächlich das Streikrecht der deutschen Arbeiter im Rheinlande in den guten oder bösen Willen der Ententeoffiziere gestellt.

Zahlreiche Bestimmungen bedrohen nicht nur die Arbeiterklasse, sondern alle Schichten der Bevölkerung und werden überall im Rheinlande die Stimmung entsprechend beeinflussen. Seit jeher sind wir Rheinländer politisch Demokraten und auf unsere freiheitliche Bestimmung und freiheitliche Vergangenheit stolz. Nie und nimmer werden wir durch eine Politik, wie die Ententegenerale sie nun anwenden, für den Anschluss an den Westen gewonnen werden. In leidenschaftlicher Wallung sind die rheinischen Arbeiter ohne Unterscheidung der Partei, die Druckmittel der Entente und ihrer bürgerlichen Demokratie werden die Arbeiter am deutschen Rhein nur noch stählen in dem Willen, treu zur deutschen Republik zu stehen und die Rheinlande zu einem unauflösbaren Gliede eines großen deutschen Einheitsstaates zu machen.

Ueberhebung.

In den Gehirnen des großindustriellen Unternehmertums hat die Revolution keine Verringerung hervorgerufen vermocht. Berachtung des arbeitenden Volkes, die sich moralisch mit mißverstandener Rücksicht wappnet, hat ein düsterhaftes Herrenmenschtum erzeugt, das borniert und trotzig nur seine eigene Gottähnlichkeit anerkennt. Bezeichnend für diese Denkart sind folgende Ausführungen der „Post“, des Hauptorgans der Schwerindustriellen:

Die große Masse ist nicht bildungsfähig und will auch gar nicht gebildet sein, sondern nur gut leben. Sie braucht darum nicht böse zu sein, kann es aber wegen mangelnder Begriffsfähigkeit leicht werden in der Hand von Volkserziehern, wie wir es an der leider sehr vorherrschenden Richtung der Arbeitsunlust, der Unbotmäßigkeit, des Verberchertums sehen. Die Menschheit kann nicht aus lauter oder größtenteils hochgebildeten und ebedenkenden Einzelwesen bestehen; sondern bildet naturgemäß nur eine große Masse von minder Befähigten nach Geistes- und Willenskräften, die einer festen Ordnung und Unterordnung bedürfen, wenn die Welt nicht aus den Fugen gehen soll. Das Letztere ist aber gegenwärtig der Fall infolge der allgemeinen Ueberhebung der unteren Volksklassen, die die Revolution verursacht hat. Der Handarbeiter, welcher Art immer, hält sich für jedes Unternehmen, jedem Gebildeten gleichwertig, ja für was Höheres oder wenigstens fast gleichwertiges als dieser. Daselbe gilt vielfach von den Gehilfen in den verschiedenen Handelsberufen, z. B. von den Bankierern, den Kellnern und sonstigen Leuten, deren Erwerbstätigkeit in persönlichen Dienstleistungen für andere besteht, die auch eine offene Hand für das Trinkgeld haben, aber trotzdem von einem augenfälligen Hoheitsbewußtsein gegen die von ihnen zu bedienenden Personen erfüllt sind.

Ja, freilich, wenn der Kellner nicht mehr dienernd und der Barbier nicht mehr in Ehrfurcht erstirbt, dann ist die Welt aus den Fugen. Bezeichnend ist das alles für die Herren, die im Volk nur die Masse sehen, die ihnen Lakaien liefert.

Keine Veröffentlichung der französischen Dokumente!

Die „Information“ meldet aus Paris: Die Regierung hat auf Antrag Clemenceaus einstimmig den sozialistischen Antrag auf Veröffentlichung der französischen Dokumente zum Kriegsausbruch abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß nachgewiesenermaßen die Schuld am Kriege Deutschland und Oesterreich tragen und eine Veröffentlichung der französischen Dokumente nur eine Reinwaschung gegenüber dem Auslande gleichkomme, was Frankreich nicht nötig habe.

Diese Heuchler und Charlatane!

Ein amerikanischer Finanzierungsplan für Europa.

Der Pariser „Matin“ beschäftigt sich mit den Finanzplänen des Amerikaners Vanderlip, die dieser für Europa ausgearbeitet hat. Vanderlips Pläne gehen dahin: 1. ein Konsortium von Leitern zusammenzubringen. Die Staaten, die sich an diesem Konsortium beteiligen, sollen eine Anzahl Bankiers als Delegierte ernennen, die sich etwa im Haag versammeln würden, um dort die Bedürfnisse aller Länder, die borgen wollen, festzustellen. Es soll nur Kredit gegeben werden für Lebensmittel, Rohmaterial, Maschinen und rollendes Eisenbahnmateriale. 2. Zwei Cent der geliehenen Milliarden soll den Regierungen zusteßen, alles in Natura gegeben werden. 3. Für das zu liefernde Geld soll ein einheitlicher Typ von Obligationen hergestellt werden, die nur geringen Zinsfuß bringen sollen, die aber durch gute Unterlagen gedeckt sein müßten. Alle Obligationen sollen in 15 Jahren rückzahlbar sein. Die Länder, denen Anleihen gewährt werden, sollen sich nicht nur verpflichten, jedes Jahr Zinsen zu zahlen, sondern für den Warenkredit müssen sie sich außerdem verpflichten, jedes Jahr die Anleihe zu amortisieren, und zwar im Verhältnis von einem Fünftel. 4. Als Garantie soll von den Leitern die erste Hypothek auf die Zolleinnahmen verlangt werden.

Der Ertrag für Scapa Flow.

Erst die Unterschrift, dann mündliche Zusicherung.

Wie der Pariser Korrespondent der „National-Zeitung“ meldet, hat der Oberste Rat Montag Abend in der Scapa-Flow-Frage den englischen Standpunkt einstimmt gebilligt und beschlossen, daß Deutschland zuerst den Wortlaut des Schlupprotokolls unverändert zu unterzeichnen habe. Nachher soll ihm die mündliche Zusicherung gegeben werden, daß die deutschen Wünsche auf Herabsetzung des auszuliefernden Tonnageanteils, soweit sie begründet sind, Berücksichtigung finden werden.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien.

Die Reichszentrale für Kriegsgefangene teilt mit: Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien, das immer der Gegenstand ernstester Besorgnisse gewesen ist, erfuhr eine weitere Verschlimmerung. Durch den jetzt gefaßten Beschluß des Obersten Rates in Paris wurde der deutschen Regierung jede Möglichkeit genommen, mit dem Abtransport zu beginnen, obgleich es gelungen war, japanische Tonnage für diesen Zweck zu beschaffen. Der Oberste Rat ordnete an, daß die deutschen Kriegsgefangenen nicht eher aus Sibirien abtransportiert werden dürfen, als bis sämtliche in Sibirien befindlichen Tschoko-Slowaken heimgeschafft sind. Die an die Entente gerichtete Bitte, zwei deutsche Dampfer, die bis Ende dieses Monats fertiggestellt werden, für den Abtransport der deutschen Gefangenen aus Sibirien freizugeben, wurde ebenfalls abgelehnt, da diese Schiffe an die Alliierten ausgeliefert werden müßten. Die Frage der Heimsendung der deutschen Gefangenen soll Gegenstand einer besonderen Vorlage bei der Entente sein, die bereits genehmigt hat, daß sie in ihren Entschlüssen auf die große Zahl ihrer im fernen Gebiete weilenden Untertanen Rücksicht zu nehmen hätte. Inzwischen ist unter Aufbietung großer Geldmittel die laufende Hilfs- und Fürsorgeaktion für die sibirischen Gefangenen durchgehend erweitert worden.

Die deutsche Kommission trifft in diesen Tagen mit einem großen Liebesgabentransport von Medikamenten, Wollstoffen und Kleidungsstücken in Madawastoff ein. Sie wird auch die in Amerika aufgekauften 20 000 Ausrichtungen zur Verteilung bringen. Durch den Rückzug der Armee des Admirals Koltchak ist ein Teil der in Sibirien befindlichen Gefangenen in die Hände der Sowjetregierung gelangt. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, diese Gefangenen auf dem Wege über Sowjetrußland heimzuschaffen.

Warum England mit Rußland nicht Frieden schließt.

Die Labour Party (Arbeiterpartei) hielt in Worcester eine große Versammlung ab, um gegen die Haltung der englischen Regierung gegenüber Sowjetrußland zu protestieren. Dabei führte der Führer dieses Distriktes der Partei, Cox, aus, England wäre schon längst nicht mehr im Kriege mit Rußland, wenn dort nicht 1 600 000 Pfund Sterling englischen Geldes veranlagt wären. Nicht die Grausamkeiten der Bolschewisten seien der Grund, weshalb England nicht Frieden schließe, sondern einzig und allein diese gewaltige Summe. Soviel Pfund englischen Geldes in Rußland seien, sobald Erklärungen gebe es für die Regierung, den Frieden nicht abzuschließen.

Die Negerfrage in Amerika.

Aus zuverlässiger Quelle erzählt die „Dona“, daß sich die Negerfrage in den Vereinigten Staaten immer mehr zuspitzt. Sie allein soll auch der Grund sein, weshalb sich Amerika in den letzten Wochen nicht mit mehr Energie um die europäische

und kleinasiatischen Verhältnisse bestimmt. Nach uraltem Brauch hatten die Neger auf den Baumwollplantagen das Recht, die Hälfte der Ernte für sich zu behalten. Von dieser Hälfte liehen sich die Plantagenbesitzer die Ernährungskosten und die Bezahlung für Werkzeuge usw. bezahlen und da die Preise, die die Neger machten, hoch genug waren, steckten die Neger bei den Plantagenbesitzern meist arg in Schulden. Da aber das amerikanische Gesetz einem Neger verbietet, eine Farm zu verlassen, auf der er noch Schulden hat, so war in Wirklichkeit die alte Sklaverei, nur in etwas anderer Form wieder eingeführt. Mit einem Male ist nun unter die Neger, wie die Amerikaner mit Entsetzen bemerken, ein Geist des Aufsturus gefahren. Die aus Europa heimgekehrten Schwarzen „Garnies“ haben plötzlich eine hohe Meinung von ihren Menschenrechten bekommen und die Spannung zwischen Schwarzen und Weißen ist wieder einmal so stark, daß beide Parteien nur noch bewaffnet die Häuser verlassen, und daß es alle Augenblicke blutige Konflikte gibt. In der letzten Zeit macht sich nun unter den Negern ein starker Zug nach den Fabriken des Nordens und Ostens bemerkbar. Die Farmen liegen verödet da, und die Baumwollernte wird bei der Vereinigten Staaten der Pflanzer gegen jede Nachgiebigkeit, sehr schwierig einzubringen sein. Die europäischen Webereien haben aber dringenden Bedarf an Baumwolle. Von Washington aus sind verschiedene Beamte mit dem Auftrag in die Baumwollgebiete geschickt worden, um Rundfragen anzustellen. In den Nordstaaten macht sich bereits eine neue Bewegung zugunsten der Neger bemerkbar.

Der Prozeß gegen die Zarenmörder.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht nach dem „Odeska Nowodn“ vom 1. November 1919 einen Auszug aus dem Bolshewikenorgan „Pravda“. Er betrifft den Prozeß gegen die Mörder des Zaren und seiner Familienangehörigen vor dem Gericht in Perm. Nach den Aufzeichnungen von Sachverständigen, der als Präsident der außerordentlichen Kommission der Zarenfamilie und seines Gefolges die Erziehung in Sekaterinobka befehlt, waren die letzten Worte, welche Nikolaus der Zweite vor seinem Tode noch hervorrief: „Das Volk wird die Bolshewisten für meinen Tod verfluchen.“ Im ganzen wurden von den Bolshewisten 11 Personen erschossen: der Erzherzog, die Kaiserin Alexandra, die drei Töchter Alexandra, Maria, Anastasia und die Personen seiner Umgebung. Das Perm Gericht verurteilte alle Schuldigen am Morde des Zaren; 3 ehemalige Mitglieder des Komites von Sekaterinobka, ferner 2 Frauen und 3 Soldaten der Roten Garde zum Tode des Erschießens. Einige andere Angeklagte wurden freigesprochen. Das Urteil wurde bereits am folgenden Tage vollstreckt.

Beschlagnahme der deutschen Guthaben bei den Neutralen?

Dem „Lamps“ zufolge hat der alliierte Rat in seiner Sitzung am Freitag der Beschlagnahme der deutschen Guthaben im neutralen Ausland zwecks Wiedergutmachung auf Grund des Versailleser Vertrages zugestimmt. Bereits im Januar sollen die Benachrichtigungen an Deutschland und an die neutralen Staaten ergehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutschlands künftiger Ministerpräsident.

Seit Aufhebung des Belagerungszustandes erscheint bekanntlich das Organ der Kommunisten, die „Rote Fahne“, in Berlin wieder. In der ersten Nummer der neuen Serie erklärte sie die „Unabhängigen“ für die wahren Kuhnheiser des Belagerungszustandes. Sie hat recht: seit die „Rote Fahne“ wieder erscheint, bekommen die „unabhängigen“ Führer jeden Tag ihre wohl-gemeinere Tracht Prügel. Insbesondere Dr. Rudolf Hilferding, der Chef der „Freiheit“, hat nichts zu lachen. Wenn er in der Duma-Kommission mitredet, oder wenn er mit einem englischen General spricht, wird er als Gegenrevolutionär angeprangert. Und schon stellen sich die ersten Resolutionen „unabhängiger“ Vereine ein, die seine Absetzung verlangen. Die „Rote Fahne“ hat übrigens auch gerächt unrecht damit, daß die um Hilferding sich als künftige Regierung jählen und aufzählen. Die „Unabhängigen“ haben nämlich noch einen Rest Verantwortungsgefühl, in dem Bewußtsein, daß sie vielleicht noch einmal zur Macht kommen könnten. Die Kommunisten aber schwindeln wie die Teufel und legen die Messer mit den unmöglichen Versprechungen auf: wenn sie denn nächster zur Macht kommen, unterdrücken sie sie mit eiserner Diktatur. Die Coyn und Hilferding werden jedoch wahrscheinlich daran zugrunde gehen, daß sie ihre Anhänger an Demagogie gewöhnt haben.

Für die Invaliden der Arbeit.

Der Ausschuh für Volkswirtschaft, dessen Beschlüsse für die Zwecke der Uebergangswirtschaft sofort Gesetzeskraft erlangen, hat einer Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Gewährung von Zulagen für die Unfallrentner einstimmig zugestimmt. Die entscheidenden Bestimmungen der Verordnung lauten: Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von Zweidrittel oder mehr der Vollrente beziehen, sind für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 auf Antrag eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich im Auslande aufhalten, und wenn nicht Lausagen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Das gleiche gilt für Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung mehrere Renten von je weniger als Zweidrittel der Vollrente beziehen, wenn die Hundertfüße ihrer Rente zusammen mindestens die Zahl 65% ergeben. Die Zulage beträgt monatlich 20 Mark.

Das Schicksal des Hulfjäger Ländchens.

Der Kreistag des Kreises Rastatt sahte eine an den Reichspräsidenten, den Minister des Innern, Geheimrat von Simons und die Friedensdelegation in Paris gerichtete Entschuldigungs- über das Schicksal des der Hufsch-Gewalt zugewandenen Hulfjäger Ländchens. Der Kreistag bittet darin mit Rücksicht darauf, daß die Hufsch-Gewalt die Befreiung des Hulfjäger Ländchens sofort mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages beabsichtigt, dringend in letzter Stunde, durch energische Vorstellungen bei der Entente die sofortige Befreiung zu verhindern und die einseitige Verwaltung des Hulfjäger Ländchens bis zur Erledigung der Zustimmung in Oberösterreich einem internationalen Ausschuh zu unterstellen und von internationalen Truppen besetzt zu lassen.

Steuerpflichtiges Kapital!

Einer Mitteilung der Verwaltung der Straßenbahn Hannover an einen ihrer Mitarbeiter ist zu entnehmen, daß ein

Grund für den neuerdings eingetretenen erheblichen Kurssturz in den Aktien des Unternehmens die Vermutung gerechtfertigt erscheine, daß ein großer Teil mit Rücksicht auf das bevorstehende Reichsnoteopfer seinen Effektenbesitz abstößt und den Erlös in Banknoten hinlegt, um Steuern zu sparen. Es ist uns aus Bankkreisen versichert, das derartige Verkäufe mit Rücksicht auf die Kontrolle der Kouponlösung bei diesen Papieren fortgesetzt stattfinden.“

Ueberall Entente-Kommissionen.

Für eine Ententeüberwachungskommission wird zur Zeit in Hannover Quartier gemacht. Die Kommission soll sich außer mit militärischen Angelegenheiten noch mit der Ueberwachung der Steuerangelegenheiten und der Industrie befassen. Zwei Hotels in der Nähe des Bahnhofes wurden bereits mit Beschlag belegt.

Der kleine Reitermann.

Der rote „Tag“ bringt in seiner Sonntagsnummer ein Bild des Prinzen Ernst August, ältesten Sohnes des früheren braunschweigischen Herzogspaares. Der kleine Entel des ehemaligen Kaisers befreit auf dem Bilde gerade ein Schaafspferd. Wir wissen nicht, was den Hosenmännchen so bemerkenswert macht, daß man sein Bild drucken muß. Aber wir möchten von vornherein, ohne die Hunde im Schweißwebeln zu kören, nachdrücklich betonen, daß Deutschland kein Schaafspferd ist.

Raubüberfall auf ein Mitglied der englischen Militärkommission.

Ein Mitglied der englischen Militärkommission in Berlin, Leutnant Spearman, ist Sonnabend auf dem Bahnhof Zoologischer Gärten, als er an einem unbefestigten Teile des Bahnhofs auf seinen Zug wartete, das Opfer eines Raubüberfalls geworden. Der Reichswehrminister Kasse in Begleitung seines persönlichen Adjutanten und der Polizeipräsident haben Montag beim Chef der englischen Mission vorgesprochen und ihm ihr Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck gebracht.

Kleine politische Nachrichten.

Amlich wird mitgeteilt, daß der Gesandtschaftsrat auf Absehung des Militärgerichtsverfahrens nach den Reichsministerien dem Reichsrat und der Nationalversammlung zugehen wird.

In der preussischen Landesversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß für alle Beamten, Reichs- und Staatsbeamten eine Krankenkasse eingerichtet wird. Laut Bekanntmachung der Kommandantur wurden in der 4. Besetzungszone die Kriegserinnerungen von Ludendorff und Tirpitz verboten. Alle bereits verkauften Bücher müssen an die Kommandantur abgeliefert werden. Die interalliierte Rheinflandskommission hat die Wiedereröffnung der mitteleuropäischen Zeit für das Wirtschaftsjahr- und Privatleben im besetzten Gebiet nach der Ratifikation genehmigt.

Der Streik auf der Bismarckhütte in Oberschlesien ist beendet. Die verhafteten Arbeiterführer wurden freigelassen; das Militär ist abgezogen. Die geforderte Beihilfe ist nicht gezahlt worden. In Oberschlesien ist alles ruhig. Der Reichsgeheimrat wird am Freitag je vier statt bisher zwei Vertreter der Landwirtschaft, von Handel und Industrie und der Verbraucher angehören. Gleichzeitig wird die Zahl der ständigen Mitglieder des Ausschusses der Reichsgeheimrat von 24 auf 26 erhöht. Die Renovation erfolgte, um in die neue geschaffenen Stellen Arbeitnehmer zu berufen.

Der Kaiser in Paris ist den Beschlüssen der polnischen Regierung betr. Auslieferung gewisser deutscher Offiziere und Beamten, die sich während der Besetzung Polens Verbrechen zu Schulden kommen ließen, beigetreten. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß mehr als 350 deutsche Kriegsgefangene nach Paris überführt wurden, wo sie wegen Verbrechen im Kriege abgeurteilt werden sollen.

Eine russische Zeitung gibt eine Aufstellung der noch in Sibirien befindlichen Gefangenen. Es sind im ganzen 20 000 Deutsche, 45 000 Tschecho-Slowaken, 12 000 Oesterreicher und 150 000 Ungarn.

Narwa wird von den Bolschewisten mit schwerer Artillerie beschossen. Neben Materialschaden gab es Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung.

Der frühere deutsche Riesendampfer „Imperator“ ist in Southampton angekommen.

Die kanadische Regierung verhandelt eine allgemeine Amnestie für Vergehen gegen die Militärgesetze. Von der Verordnung werden Hunderte von Fahnenflüchtigen betroffen.

Polen.

Sprengung der Landtagsmehrheit.

Infolge des Konfliktes zwischen den einzelnen Gruppen der vollparteilichen Abgeordneten droht die Sprengung der mit großer Mehrheit gebildeten Landtagsmehrheit. In den letzten Tagen ist die sogenannte Penikowski-Gruppe aus der Vereinigung der vollparteilichen Abgeordneten ausgestiegen. Der Minister für Kultus und Kunst Proczymski reichte seine Demission ein, die von Pijludski angenommen wurde.

Wie dem „Gas“ aus Warschau gemeldet wird, erklärte Federewski (der bisherige Ministerpräsident) seinen politischen Freunden, daß er demnächst nach Amerika oder der Schweiz abzureisen gedenke, um sich wieder ins Privatleben zurückzuziehen. Er hat offenbar die Nase voll.

Oesterreich.

Bewaffnung von 70 000 Arbeitern in Wien.

In Wien sind in aller Stille 70 000 Arbeiter bewaffnet worden. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ begründet diese Maßnahme damit, sie geschehe im Interesse der Sicherheit und des Schutzes vor reaktionären Putschern.

Italien.

Vertagung der Kammer.

Nach Abschluß der politischen Aussprache reiste Nitti die Vertrauensfrage. Unter Namensaustruf wurde die von ihm gebrachte Tagesordnung mit 242 gegen 216 Stimmen angenommen. Die Mehrheit, die sich für das Ministerium Nitti ergeben hat, ist also sehr gering; bei dem geringsten Anstoß kann sie zusammenbrechen. In Verantwortung verschiedener eingegangener Tagesordnungen erklärte Nitti, die Regierung liege zur Verfügung der Kammer für alle gewünschten Erklärungen, namentlich über die Frage von Montenegro. Bezüglich einer Auskunft über Kriegsausgaben usw. nahm die Kammer die Tagesordnung Alfio an, die die Regierung einladet, einen Gesandtschaftsrat über die Revision von Kriegsausgaben einzubringen. Bezüglich der Zensur erklärte Nitti, daß sie aufgehoben würde, sobald die Frage von Stume gelöst sei. Giolitti erklärte, daß er zugunsten der Regierung stimmen werde. Diese Erklärung Giolittis gab Anlaß zu Unterbrechungen, Zwischenrufen und Kommentaren. Bacci erklärte namens der offiziellen Sozialisten, daß sich keine Partei jedem Versuch einer parlamentarischen Reaktion entgegenstellen werde. Der Antrag Alfio wurde einstimmig angenommen. Eine Tagesordnung, die die Aufhebung der Zensur beantragte, und eine über die Veröffentlichung

der diplomatischen Dokumente bezüglich der Neutralität Italiens im Kriege wurden verworfen und das Budgetwörterbuch in gemeinsamer Abstimmung mit 256 gegen 119 Stimmen angenommen. Hierauf wurde das Auswanderungsgesetz mit 260 gegen 115 Stimmen gutgeheißen. Die Kammer vertagte sich darauf auf den 28. Januar 1920.

Belgien.

Das Programm der Koalitionsregierung.

Die belgische Regierungserklärung, die Freitag in der Kammer verlesen wurde, rechtfertigt die Existenz des Koalitionsministeriums damit, daß keine der drei Parteien die Mehrheit im Parlament erlangte. Als die Ziele der Regierung werden die Demokratisierung des Senats, die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und des Frauenstimmrechtes bezeichnet. Ferner wolle die Regierung das Spracherprobieren und die gewerkschaftlichen Fragen prüfen sowie im Bergbau und Eisenbahnen die Regierung in Aussicht nehmen. Beim Ausbau des Arbeiterrechtes werde die Ausbreitung des Achtstundentages geplant. Ueber die Verhandlungen zur Abänderung der Verträge von 1839 sei Abgeschlossenes noch nicht mitzuteilen. Die Garantemächte hätten die Verpflichtung, Belgien neue Garantien zu geben. Belgien wolle sich in Zukunft auf den Vord der Westmächte, besonders auf England und Frankreich, stützen, mit denen ein Abkommen zur Sicherstellung der Landesverteidigung und wirtschaftliche Verträge geplant seien. Schließlich beabsichtige die Regierung auch weitere Verbesserungen in den Kolonien einzuführen.

Sieg der Grubenarbeiter.

Der Bergarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeitervertreter haben sich mit 4/5 Stimmenmehrheit entschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Sie haben, wie es heißt, in dem Konflikt den Sieg davongetragen und ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung von 2 1/2 Fr. täglich durchgedrückt. Sämtliche von den Grubenbesitzern gestellten Forderungen werden zurückgezogen und auch der Lohn für die Streiktage ausbezahlt.

Türkei.

Djemale Pasha ermordet?

Nach bisher noch unbekanntem Meldungen soll am Sonntag der bekannte syrische Führer und frühere Minister, Djemale Pasha, von revolutionären türkischen Studenten ermordet worden sein.

England.

Feindseliges Verhalten gegen deutsche Fischdampfer.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London: Die Schiffer der Fischfahrzeuge von Nordschottland beschließen, sofort die Arbeit niederzuliegen, wenn deutschen Fischfahrzeuge gestattet werden sollte, in Schottland Fische zu landen.

Ein Schlaglicht auf den gegenwärtigen Gemütszustand eines großen Teils der englischen Bevölkerung wirft die Behandlung des Bremerhavener Fischdampfers „Bremerhaven“ in Aberdeen. Der Dampfer hatte unter Island gefischt und trat am 7. Dezember von Ingolf-Hochsee aus die Heimreise an. In den Bunkern befanden sich nur noch 43 T. Kohlen. Da der Kapitän befristet wurde, mit seinem zusammengekauften Kohlenvorrat nicht sicher zwischen den Minenfeldern hindurchzukommen, setzte er den Kurs auf Aberdeen, um dort Kohlen einzunehmen. Als der Dampfer dort am 12. Dezember an der Fischhalle des Hafens anlegen wollte, wurde ihm das seitens des Hafensmeisters verweigert. Der Hafensmeister äußerte sich dahin, wie der Kapitän die Freiheit besitzen könnte, nach Aberdeen zu kommen. Auf die Antwort, daß der Dampfer dringend Kohlen benötige, um die Fahrt fortzusetzen, wurde dem Kapitän von dem Hafensmeister geantwortet: „Hier gibt es keine Kohlen für die deutschen Hunnen!“ Als im Laufe des Vormittags die Zollbeamten an Bord kamen, rieten sie dringend davon ab, an Land zu gehen, weil das Volk einen großen Haß auf die Deutschen habe. Inzwischen hatten sich an Land Hunderte von Leuten angesammelt, die die deutschen Fischer mit Zurufen, wie: „Hunnen“, „Kindermörder“, „Schweine“, „Schieß die Hunnen tot!“ usw. begrüßten. Man warf auch mit Steinen und Kohlen, so daß sich kein Mensch an Deck setzen konnte. Als zuletzt gar noch ein englischer Dampfer versuchte, die „Bremerhaven“ zu rammen, sah sich der Kapitän gezwungen, den „galkischen Hafen“ zu verlassen. Mit einem Rest von zwei Zentnern Kohlen wurde schließlich der alte Vorhafen in Bremerhaven erreicht. Aber um dieses Ziel zu erreichen, mußten verfeuert werden: 36 Kilo Maschinöl, 20 Kilo Zylinderöl, 4 Fuh Tran, 120 große Holzroller, 140 kleine Roller, 520 große Fischkotten, 104 kleine Schotten, 1 Kch, 29 Kilo Farbe, 60 Faden Tauwerk und 1 Delfsak.

Erhöhung der Alterspension.

Das Unterhaus erledigte in allen drei Lesungen die Gesetzesvorlage, die die Regierung mit Rücksicht auf die Kosten des Lebensunterhaltes zur sofortigen Erhöhung der Alterspension von sieben Schilling sechs Pence auf zehn Schilling für die Woche ermächtigt.

Vereinigte Staaten.

Viktor Berger wiedergewählt.

Viktor Berger, der als Vertreter von Milwaukee der einzige Sozialist im Repräsentantenhaus war und wegen Bergehens gegen das sogenannte Espionagegesetz seines Sitzes für verlustig erklärt wurde, ist wiedergewählt worden und erhielt 7000 Stimmen mehr, als bei den letzten Wahlen.

Rücktritt Lanfings?

Die politische Lage wird nach Pariser Meldungen immer verworrener. Wilson verliert anscheinend immer mehr an Einfluß. Der Bruch zwischen ihm und den Demokraten erstreckt sich bis auf die Regierungsmitglieder. Das kürzlich angekündigte Abschiedsgesuch des Innenministers Lane liegt jetzt vor. Der Rücktritt des Staatssekretärs Lanfing sowie anderer Regierungsminister wird erwartet.

Aufhebung des Kriegszustandes.

Die „Prestinformatio“ meldet aus Washington: Durch einen Erlass Wilsons wird am Neujahrstage der Kriegszustand in den Vereinigten Staaten aufgehoben werden. Zugleich wird eine amtliche Mitteilung die Aufhebung verschiedener durch den Kriegszustand bedingter Einschränkungen verkünden.

Mexiko.

Ein neuer amerikanisch-mexikanischer Zwischenfall.

Wieder haben mexikanische Freischützer zwei Amerikaner und acht Mexikaner gefangen genommen. Für jeden Amerikaner wird ein Lösegeld von 10 000 Dollars, für jeden Mexikaner die Hälfte gefordert. Es wird behauptet, daß General Villa die Streifzüge geführt habe. 500 Mann mexikanischer Regierungstruppen sind mit der Eisenbahn in Coahuila angekommen, wo sie ein Gefecht mit den Truppen Villas hatten, die die Stadt Muequia besetzt haben.

Die Bürgerschaft

Hier geftern ihre letzte, die 22. Sitzung in diesem Jahre ab. Es hat wohl kaum ein Jahr gegeben, wo so viele Bürgerchaftsversammlungen stattgefunden haben, wie in diesem Jahre. Im Sommer gab es eine Zeit, wo Woche für Woche die Bürgerchaft sich versammelte. Nicht allein die große Anzahl der Versammlungen, sondern auch die vielfach lang ausgezogenen Sitzungen, die zuweilen erst etwas vor Mitternacht ihr Ende erreichten, bezeugen die fleißige Arbeit der Bürgerchaft in diesem Jahre. So lange wie manche Sitzungen dauerten, so kurz war die gestrige. In etwa 10 Minuten war die ganze Tagesordnung, die fünf Punkte aufwies, erledigt. Alle Senatsvorlagen wurden ohne Ausnahme angenommen. Der Vorsitzende, Genosse Ehler, gab schon zu Beginn der Sitzung bekannt, daß der Senat beim vierten Senatsantrage: „Erklärung der Beschlüsse der Beschlüsse u. v. d. a., den Abfah 5 dieser Vorlage, der eine einmalige Zahlung an die Senatsmitglieder vorläß, zurückzugeben hätte. In einem verlesenen Senatsbeschlusse wurde erklärt: Der Senat sei der Ansicht gewesen, daß der Antrag die einmütige Meinung des Bürgerchafts ausschließen würde. Deshalb habe er ihn auch zurückgegeben. Nachdem er aber erfahren habe, daß dieses nicht der Fall sei, ziehe er diesen Antrag zurück. Der Senat lege großen Wert darauf, daß Anträge dieser Art vorher möglich gelöst und möglichst von der einseitigen Zustimmung der Bürger getragener werden.

Nachdem dieser Punkt, der vielleicht zu einer Aussprache geführt hätte, zurückgezogen war, erfolgte die Annahme aller Senatsanträge. Der erste Senatsantrag: Erlass eines Gesetzes, betreffend die Entzignung zur Gewinnung von Brennstoffen, lag schon der letzten Bürgerchaftssitzung vor. Die Bürgerchaft hat in ihrer Versammlung vom 15. ds. Mts. der Senatsvorlage wegen Erlasses eines Gesetzes, die Entzignung zur Gewinnung von Brennstoffen betreffend, mit der Maßgabe der Billigenahme erteilt, daß der § 2 des Gesetzes wie folgt gefaßt werde: Auf die Entzignung finden die Vorschriften des Entzignungsgesetzes vom 18. Juli 1898 mit folgender Einschränkung sinngemäße Anwendung: Bei der Bemessung der Entschädigung wird der durch das Fortkommen von Brennstoffen bedingte Wert des Grund und Bodens nur insoweit berücksichtigt, als es nach dem Stande vom 1. August 1914 gerechtfertigt ist. Wenn und soweit die Anwendung dieser Vorschrift für den Entzigneten eine besondere Härte bedeuten würde, kann ihm ein Zuschuß bis zur Höhe des ermittelten Betrages zugewilligt werden. Es sind danach der Abf. 2 dieses Paragraphen in der von Dr. Broden beantragten Fassung, die Absätze 1 und 3 aber unter Ablehnung des den Abfah 3 betreffenden Abänderungsantrages des Dr. v. Broden in der Fassung der Senatsvorlage angenommen. Der Senat vermahnt diesem Beschlusse nicht beizutreten. Wie der Abf. 3 von § 2 der Senatsvorlage eine notwendige Ergänzung des Abf. 2 bedeutet, so ist auch der nach dem Antrage des Dr. v. Broden zu ändernde Abf. 3 eine notwendige Ergänzung des nach demselben Antrage geänderten Abf. 2. Der Senat kann deshalb der Änderung des Abf. 2 nur zustimmen, wenn auch der Abf. 3 nach dem Antrage des Dr. v. Broden geändert wird. Der Senat den Änderungsvorschlag des Dr. v. Broden als eine Verbesserung seiner Vorlage anerkennt, ist er bereit, der Änderung des Abf. 2 beizutreten, wenn die Bürgerchaft auch für Abfah 3 dem Änderungsvorschlag zustimmt. Der Senat beantragt daher, die Bürgerchaft wolle dem Gesetz in der danach sich ergebenden Fassung ihr Zustimmung erteilen. Die Bürgerchaft beschloß mit Zweidrittelmehrheit die Billigenahme.

Die übrigen Senatsvorlagen sind folgende: „Bekämpfung der Mittel für Hochwasserarbeiten“, „Änderung des Vertrages vom 1. Mai 1899, betr. die Errichtung einer nennenswerten Arbeit für die Anstalt für die Hochwasserarbeiten“, und „Mittelbewilligung für die Hochwasserarbeiten“. Die Vorlage für Hochwasserarbeiten hat einen Betrag von 3545000 Mk. vor. Diese Summe wurde auf einen Betrag von 3000000 Mk. herabgesetzt, da für die Herrichtung des Kanals im Lande am Dammerswerder Ufer anstatt 640000 Mk. nur 100000 Mk. einbehalten wurden. Für die Hochwasserarbeiten wurden 28179 Mk. nachbewilligt.

Von Dr. Seifert ist eine Denkschrift zur Verfassungsentwicklung eingegangen. Kaufmann (Dem.) beantragt, diese Denkschrift der Verfassungskommission als Material zu überreichen, welches die Bürgerchaft zur Kenntnis nehmen. Eine Eingabe des Mittelchulvertrages, die Genosse Plantzker sich zu eigen machte, wurde dem Bürgerchaftsamt zur Prüfung überwiesen.

Am Schlusse der Sitzung wünschte der Vorsitzende allen Bürgerchaftsmitgliedern ein recht frohes Fest. Gummarsall hat er hinzu, daß künftig die Bürgerchaftsmitglieder sich ebensolcher Kürze befleißigen möchten, wie in der heutigen Sitzung.

Zur Auswertung der Holzgewerbe. Nachdem die Lübecker Arbeitgeber aus dem Arbeitgeber-Schlichterband für das deutsche Holzgewerbe ausgetreten und dem hiesigen Bund der Arbeitgeber beigetreten sind, fanden am 16. Dezember Verhandlungen mit dem Bund der Arbeitgeber statt. Diese verliefen resultatlos, da aus der Arbeitgeber die schuldige Arbeitswoche zum 15. Februar 1920 in Aussicht stellen, aber weitere Zugeständnisse nicht machten. Am 20. Dezember ging vom Arbeitgeber-Schlichterband folgendes Schreiben an den Deutschen Holzarbeiterverband, hiesige Lübeck: „In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Bundes der Arbeitgeber in Lübeck und Umgebung und dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe Lübeck ist folgendes beschlossen worden: Die Auswertung der Holzarbeiter wird aufgehoben. Die Arbeiter werden aufgesucht, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Der Bund der Arbeitgeber hat es übernommen, mit ihnen in sofortige Verhandlungen über die ausstehenden Forderungen, insbesondere Lohnfragen, einzutreten, wobei ausdrücklich zugeordnet wird, daß die im Verhandlungswege zu erreichende Regelung rückwirkend vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an in Kraft treten soll. Wir bitten Sie, dem Bund der Arbeitgeber beizutreten, eine Kommission von Herren zuzugeben, die die Verhandlungen mit dem Bund der Arbeitgeber führen soll. Der Bund der Arbeitgeber wird hierfür fünf Herren in Aussicht nehmen. Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe zu Lübeck, gez. Bödenhauer. Wir haben sofort um Verhandlungen zum 23. Dezember nachgeholt, aber die Herren sind anschließend vorläufig noch mit Arbeiten überhäuft. Es müßte einem eigentümlich an, wenn man bedenkt, daß die Arbeitgeber aus ihrem Berliner Verband ausgetreten sind, um sich den Zentralisierungen nicht zu fügen, die Arbeiter aber jetzt aufzuerstehen, nachdem sie diese am 22. resp. 29. November brutal aus Straßenkämpfen geworfen haben, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, und dann zu verhandeln. Dieses ist eine Zumutung, die wir nicht erfüllen können. Unsere am 20. Dezember fast beschlossene Beschlüsse sind einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis unsere Forderungen im Verhandlungswege geregelt sind. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes, hiesige Lübeck.

Widerung der Ostseefahrt. Wie die „Voll. Zeitung“ erzählt, ist jetzt eine Widerung der Einfuhrbestimmungen der Antente für schwedische Erze, die an deutsche Werke geliefert werden sollen, zu erwarten. Diese Widerung, die in schwedischen Häfen mit Eisenbergen für Deutschland, insbesondere für oberösterreichische Werke, beladen waren, haben jetzt Ausfuhrerlaubnisse und Freigeldscheine erhalten.

Lübecker Wohlthätigkeitsvereine. Der aus Vertretern der freien Wohlthätigkeitsvereine gebildete Arbeitsausschuß trat am Freitagabend im Bilderaal der Gemeinnützigen Gesellschaft zu erster Beratung zusammen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Sammelaktion sofort in größerem Umfange zu beginnen. Es wurde mitgeteilt, daß außer den bereits bekanntgegebenen Spenden das Auktionsamt die Summe von 3000 Mk. listete und daß weitere Zuwendungen aus den industriellen Kreisen zu erwarten seien. Der Ausschluß wählte eine Arbeitsabteilung, die

in ständiger Rücksprache untereinander die Organisation der Spende durchzuführen wird. In dieser Arbeitsabteilung sind alle in Frage kommenden Kreise vertreten. Der Gesamtausschuß vermahnt und verteilte die ihm zugehenden Spenden selbstständig. Ueber den Einfluß von Gaben wird öffentlich Rechenschaft abgelegt werden, ebenso über ihre Verwendung.

Postämter. Zur schnelleren Abfertigung an den Postämtern kann das Publikum, das kein Posteinlieferungsbuch besitzt, dadurch wesentlich beitragen, daß es die Posteinlieferungsscheine zu Wert- und Einschreibebriefen selbst vorschreibt. Es sind deshalb an den betr. Schaltern Posteinlieferungsscheine zur allgemeinen Benutzung aufzuhängen.

Einkommen-Abzugssteuer. Der Zuschlag zur Einkommensteuer (50 Prozent, Kriegsteilnehmer 25 Prozent), soll in zwei gleichen Teilbeträgen im März und April 1920 bezahlt werden. Der Zuschlag wird nicht erhoben von denjenigen Steuerpflichtigen, mit einem Einkommen bis zu 3000 Mk., die nachweislich den Unterhalt einer anderen Person im gemeinsamen Haushalt zu bestreiten haben.

Verbot des Wajages deutscher Fischlinge im Ausland. Nach einer Bekanntmachung des Reichskommissars für Fischverjorgung vom 14. Dezember d. J. ist der Abfah von Fischlingen, die von deutschen Seefischereifahrzeugen gefangen sind, nach dem Auslande verboten. Ausnahmen sind nur zulässig für den Fall des Anlaufens eines ausländischen Hafens als Kohlhafen. Die Verordnung scheidet also die gesamten Fänge der deutschen Seefischereifahrzeuge dem Inlandsmarkt zu.

Arbeiter-Bildungsvereine. In der letzten Versammlung sprach Herr Mittelbühler über das Thema „Lernen in der Heimat wie in der Fremde“. In klarer anschaulicher Weise schilderte der Vortragende zunächst das Werden, Wachsen und Ergreifen der Geister in den Alpen und in Grönland, wie auf die Jungen der Bergsektion Norddeutschlands hin, auf die Moränen, die Findlinge und die Gletscherströmen auf einheimischem Gestein, um dann auf die Bereitung selbst näher einzugehen. Ungehobene Gletscher von gewaltiger Stärke (einige tausend Meter) zeichnen von Skandinavien über die Nordsee über die Nordsee in das norddeutsche Flachland bis zu den Mittelgebirgen. Die ganzen oberen Schichten bestanden sie mit. Heute sind die abgerundeten Felsen bei uns viele hundert Meter stark, während in Schweden die Kletterer fast überall sehr dünne sind. Auf die Bodenbeschaffenheit aber hatten die Schmelzwässer des zurückgehenden Eises einen noch größeren Einfluß. Sie haben unserer Landschaft eigentümlich ein Gepräge gegeben. — Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag ließ den Wunsch laut werden, daß der Kabiner uns im Frühjahr einmal führen möge, um draußen an Ort und Stelle die besprochenen interessanten Ergebnisse kennen zu lernen. — Darauf kamen unsere Theater vorstellungen zur Sprache. Gerecht wurde, daß trotz des Verbotes, Kinder mitzubringen, solche immer noch erschienen und zwar in Vorstellungen, die für Erwachsene bestimmt sind. Weiter sollten alle daran denken, daß die Zahl der Karten beschränkt ist, und der Vorstand nicht für alle Platz schaffen kann, so stark ist der Andrang. Es werden aber in Zukunft, wenn nicht die Eltern sozial Einsehen haben, Kinder kurzer Hand zurückgewiesen werden müssen. Die hat zwingt uns dazu. Wiederholt ist ferner darauf aufmerksam gemacht worden, daß während des einführenden Vortrages die Türen geschlossen bleiben müssen. Störungen dieser Art dürfen mit Rücksicht auf die rechtzeitig erschienenen in Zukunft nicht mehr stattfinden. Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins können, wenn sie nicht in größeren Betrieben tätig sind, wo ein Vertrauensmann Karten abgibt, sich bei Gen. Warko vormerken lassen und erhalten dann bestimmte Karten. Der Eintrittspreis wurde auf 1,50 Mk. für das Schauspiel, auf 1,20 Mk. für die Oper erhöht. Der Verein darf, um leistungsfähig zu bleiben, nicht bei den Vorstellungen größere Summen zuleiten. Ende Dezember wird ein Weihnachtsmärchen aufgeführt, und damit werden wir hoffentlich recht vielen Kindern eine große Freude machen.

Geistliche. Die Arbeiterjugend hatte am Sonntag einen schönen Tag. Am Mittwoch hatte Genosse Schulz in recht interessanter Weise einen Vortrag über „Die Presse und ihre Bedeutung“ gehalten und am Sonntag gab für die Geschäftsleitung des „Lübecker Volksboten“ Gelegenheit, die Geschäftsverhältnisse und die komplizierten Maschinen, die zur Herstellung unseres wichtigsten Kampfwagens, des „Volksboten“, dienen, kennen zu lernen. Der Geschäftsführer, Genosse Steinberg, hatte die Leitung übernommen. Er verstand es, nach kurzer Einleitung in vorzüglicher Weise die jungen Herzen in die Geheimnisse der Buchdruckerkunst einzuführen. Die praktischen Vorführungen interessierten ganz besonders. Von dem vielen Gebotenen führte die Schmelzmaschine manchen in „lässliche Dörfer“ und viele konnten sich recht schwer von ihr trennen. Aber auch die Notationsmaschine wurde als ein „Wunderwerk“ gefaßt, lassen wir sie die riesige Papierrolle in sich verschlingen und die fertig gefaltete Zeitung in abgemessenen Bündeln wieder von sich warf. Alles in allem war die Jugend sehr befriedigt von dem Gebotenen. Der Geschäftsleitung des „Lübecker Volksboten“ wird der Dank seitens der freien Jugend-Organisation ausgesprochen.

Kauf von Brauereierre. Wie wir erfahren, hat die Aktienbrauerei Lübeck die Kugelberger Aktienbrauerei und auch die Brauerei Hammer in Bismar künstlich erworben und auch bereits übernommen. Die Aktienbrauerei Lübeck steht dadurch an erster Stelle der hiesigen Brauindustrie.

Hemmerger kommt! Diese Nachricht dürfte in Lübeck wieder mit großer Freude aufgenommen worden sein. Wie bereits auch in Lübeck der alte ehrwürdige Dom ohne ein gutes und schönes Variete-Programm gefeiert werden. Lübeck dürfte heute wohl die einzige Stadt von 100000 Einwohnern sein, die kein ständiges Variete hat. Daß ein gutes Variete sich hier immer lohnt, das hat uns Hemmerger im alten Zirkus Reuterweg bewiesen. Seine Darbietungen in jeder Zeit sind noch bei vielen in bester Erinnerung. Hemmerger hat kein diesmaliges Gastspiel in den großen Saal des Gewerkschaftshauses verlegt. Man darf seinem Gastspiel mit dem größten Vertrauen entgegengehen. Seine für die heutigen Verhältnisse vollkommenen Preise werden ihm sicherlich jeden Tag ein volles Haus sichern, zumal es, wie aus dem Programm zu erhellen ist, an frischen und genussreichen Stunden nicht fehlen dürfte. Damit aber auch die liebe Jugend zu ihrem Rechte kommt, finden am zweiten Weihnachtstage und Sonntag nachmittags um 3 1/2 Uhr zwei große Kindervorstellungen zu kleinen Preisen statt.

Im Sanjtheater übt Sidney Jones hier früher so beliebte japanisch schattierte Operette „Die Geisha“ wieder ihre alte Zauberkraft aus und erweist durch ihre langdauernden Melodien. Sie geht zu den ganz wenigen englischen musikalischen Erzeugnissen, die beim deutschen Publikum festen Fuß zu fassen vermochten. Die Geschichte des kleinen Teichschwimmers Mimosa San ist etwas sentimentaler gefaßt, aber da die Sache, im Gegensatz zur Handlung von „Madame Butterfly“, die sonst in keiner Weise mit der „Geisha“ verglichen werden darf, einen guten Ausgang und zwischendurch mancherlei harmlos-heitere Szenen hat, so gefällt sie, auch schon ihrer farbenreichen, fremdartigen Aufmachung wegen. Unter der Regie von Heinz Streifen nimmt die Aufführung im Sanjtheater einen recht befriedigenden Verlauf, nachdem einige zunächst vorhandene Mängel abgestellt worden sind. Aus der Reihe der Mitwirkenden seien Alida v. Paul als treffliche Moll, Lisa Thuring als anmutige, auch gesunglich anerkanntwertige Mimosa, Heinz Streifen als lister Lieutenant Fairfax, Henry Dahl als listiger Bun-Hi und Reinhold Wolff als Mari hervorgehoben. Herr Kapellmeister Jörgel war mit Eifer bemüht, der Wiedergabe einen möglichst frischen Zug zu geben. Der Beifall war stark.

Ueber „Alte Kunst im Spiegel der Gegenwart“ sprach Montagabend im großen Saale der Gemeinnützigen Gesellschaft auf Veranstaltung der Duerbeck-Gesellschaft Herr Dr. Karl Georg Heile aus Hamburg. Unter Verbedingung recht beweisfähiger Materials schilderte der junge Hamburger Kunstschreiber die anmaßlichen und heftigen Kämpfe in der Kunst von

1850, um dann zu der Feststellung zu gelangen, daß es einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Kunst von gestern und heute nicht gibt. Das große Glend in der Kunst unserer Tage sei in der Hauptache darauf zurückzuführen, daß uns das Gefühl für das Wesentliche völlig verloren gegangen ist. Die Ausführungen des Redners, die nicht gerade allzu wirkungsvoll vorgetragen wurden, auch insoweit seiner dünnen Stimme im Raume vielfach verhallen, fanden bei der Zuhörerschaft eine ebenso freundliche, wie wohlwollende Aufnahme. In der Ankündigung war ein Lichtbildervortrag angehängt. Dazu kam es nicht. Der Herr Vortragende beschränkte sich nur auf das Wort.

Unter Herr-Albert-Abend. Am 1. Freitag findet im Marzobraal eine Wiederholung des beliebten Buntten Ernst-Albert-Abend statt. Die Einleitung bildet eine neue Dichtung von ihm, Weihnachtslieder, worin er den Weihnachtsmann und seine Tochter Heili den Christenlag spielt. Hierauf sind wieder die lokalen und zeitgemäßen Schläger u. a. Schiebertypen (i. Anzeige).

Stadtheater. Am Mittwoch, dem 4. Dezember wird das reizende Weihnachtsmärchen von Basowich „Peterchens Mondfahrt“ wiederholt. Die Vorstellung beginnt um 2 1/2 Uhr. Am ersten Weihnachtstag wird Nachmittags 1 1/2 Uhr „Maria Stuart“ wiederholt, abends werden zum erstenmal in dieser Spielzeit „die Meisterfinger von Nürnberg“ gegeben. Den Sans Sachs singt Herr Seiler, den Kothner Herr Wisemski. Die Forderung der übrigen Rollen ist dieselbe wie im vorigen Jahr. Am 2. Feiertag wird Nachmittags „der Vogelhändler“ und abends „Doffmanns Erzählungen“ wiederholt.

Festgenommen wurde eine in der Schmiedendammstraße wohnhafte Arbeiterin und ein in der Engelswisch wohnhafter Arbeiter wegen Diebstahls. Beide Personen, die bereits vorbestraft sind, hatten in einer Hafenseife auf Kosten eines Dritten gehackt und hatten ihren Wohlthäter in später Nacht mit in ihre Wohnung genommen, um ihn dort zu beherbergen. Als letzterer am nächsten Morgen erwachte, fehlte ihm seine Brieftasche mit 500 Mk. Ein Teil des gestohlenen Geldes konnte in der Wohnung der Diebe verfaßt aufgefunden werden. — Festgenommen wurden ferner zwei Arbeiter, die gemeinschaftlich in einem in Badendor wohnhaften Arbeiter den größten Teil des von ihm geschlachteten Schweines mittels Einbruches gestohlen hatten. — Ebenfalls festgenommen wurde ein in der Kupferschmiedstraße wohnhafter Schmiedemeister, der vor einigen Tagen einen elektrischen Motor im Werte von 10000 Mk. von dem Gelände des Brückenbau Vereins in Siems gestohlen hatte.

Der gestohlene Motor entbedt. Am 13. Dezember d. J. wurde auf der Glender-Werft in Siems ein vierpoliger Motor gestohlen. Alle angefallenen sofortigen Nachforschungen der Firma und der Kriminalpolizei waren bisher vergeblich, worauf sich die Firma an das hiesige bekannte Detektiv-Bureau „Argus“ wandte. Dem Leiter desselben gelang es, den Motor herbeizuschaffen und die Täter und Fehler zu fassen. Der Motor wurde unter einer Kartoffelstube verborgen in einem Keller in Schwarzen aufgefunden.

Angrenzende Gebiete.

Stut. Preiserhöhung. In der letzten Sitzung des Stadtparlamentes beriet man die Voranschläge für 1920. Als zunächst fällbares Ergebnis ist zu buchen die wieder notwendig gewordene Erhöhung des Preises für 1 Kubikmeter Leucht- und Kochgas auf 70 Pfg., Automatenogas auf 75 Pfg., Motorenogas 42 Pfg., 1 Zentner Koks 8 Mk., 1 Kubikmeter Wasser 80 Pfg. Zugewinn wurde auch der Erhöhung der Miete für die Gas- und Wassermesser um 100 Prozent.

Hamburg. Hamburgs Kohlennot. Wegen Kohlenmangel wird in Hamburg der Straßenbahnverkehr vom 26. Dezember bis 1. Januar einseitlich eingestellt. Die Winterstichtfahrt zucht ab Dienstag vollständig.

Schwerin. Die Klage eines Vaterlandslosen. Der Sträfling Karl Michael von Mecklenburg-Strelitz, dem wegen seiner Zugehörigkeit zur russischen Armee im Kriege die Staatsangehörigkeit abgenommen worden ist, hat jetzt eine Klage gegen den Freistaat Mecklenburg-Schwerin angehängt, worin er die Anerkennung seines Eigentumsrechts an ein Gut verlangt.

Neueste Nachrichten.

Die irische Erhebung.

II. Berlin, 23. Dezember. Wie aus Rotterdam gemeldet wird, greift die irische Erhebung weiter um sich. In mehreren Städten wurden die Fernspre- und Telegraphenleitungen zerstört und auch Maschinen demoliert. Ueber 50 Bureaus und Zeitungen wurden von den Aufständischen besetzt.

Festsetzung der Mutter Trophäen.

II. Berlin, 23. Dezember. Nach Meldungen aus Warschau ist die Mutter Trophäen festgenommen worden. Man fand bei ihr allerlei Material aus mehreren revolutionären Organisationen vor. Sie wurde in Haft gehalten.

Ein Skandal in Paris.

II. Berlin, 23. Dezember. Nach Pariser Blättern steht in Paris ein Skandalprozess bevor, in dem auch mehrere Mitglieder der Regierung verwickelt sind.

Vom Bücherisch.

Eine Weihnachtsgabe lag auf meinem Weihnachtstisch, ein Bändlein, das mit viel Freude bereitet und das sicher auch vielen anderen willkommen sein wird. Der zweite Jahrgang des „Lübecker Heimatkalenders“ ist erschienen, ein reiches Heimatbuch, das auf den Tisch jedes Lübeckers gehört und jedem Paket beigelegt werden sollte, das zu Weihnachten an ferne liebe Menschen hinausgeht, die mit ihrem ganzen Herzen während des Festes bei uns dabei wollen. Etwas bringt dieser Kalender jedem. Die Ausstattung ist recht ansprechend, der Inhalt so reich, daß ich nicht alles aufzählen kann, der Preis von 2,20 Mk. so billig, daß er wohl niemanden vom Kaufe zurückhalten wird. Und nur eine kurze Kurze aus dem Inhalt. Mit einem „Schifferchoral“ eröffnet Otto Antkes den Reigen. Walter Schwabe bringt eine Erzählung „Die Heimkehr“. Ein Aufsatz über „St. Nikolaus in der Lübecker Kunst“ kommt aus der Feder von Professor Dr. R. Schäfer, „Blattbüchlein von der See“ von Franz Fromme. Das Blattbüchlein ist dieses Mal überhaupt gut weggenommen. Friedrich Hebelhoff plaudert von seinen Pledlingen, dieses Jahr von „Meister Spree“. Ferdinand Jacobi sorgt für Humor und ist auch durch ein paar Gedichte vertreten. Viktor W. Mühlstein lernen wir nicht nur als Erzähler kennen, sondern auch als Dichter. „De sie Wohl“ verdient in Ehren genannt zu werden. Aus Lübeck berichtet folgende: Dr. Hugo Schomburg, „Volksfest“, „William Bromme Arbeiter und Volksschule“, Dr. Hans Cassebaum „Die Suddörfer vom Burgler“. Sehr beachtenswert sind die Ausführungen von Prof. Dr. J. Steffen in „Neue Aufgebend“, denen wir auch von unserer Parole aus nur zustimmen können. „Von Fiegen und Gärten“ berichtet Herr. Brehmer. Erwähnenswert sind ferner „Blattbüchlein upk Theater“ von Heinrich Wahn und „Ergänzungen“ von Eilhard Erich Pauls. Von zwei Lübeckern habe ich Hermann Löns „Der Lauch“ hervor, das Dr. Georg Böhrer verfasst hat. — Dem Herausgeber Prof. Dr. Brodhaus und der Vereinigung für volkstümliche Kunst und der Blattbüchlein Volksall gebührt Dank! Möge der Kalender recht viel gekauft werden, Heimatkann und Heimatliebe erwecken. Ernst Schermer.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: J. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Lübeck.

3. Tagung des Ausschusses des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine so umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, daß die vorgelegenen drei Sitzungstage nicht ausreichten, und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste Tagung zurückgelassen werden mußten.

Der Bericht des Vorstandes lag dem Ausschuss im Druck vor. Derselbe gab Kenntnis von den Vorgängen und Allen anlässlich der Delegation zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationsfragen im neupolnischen Gebiet, von den Säkularisation der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von Unternehmungen, über Einstellung von Arbeiterkontrolloren bei der Gewerbeaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über Ernährungsfragen. Ferner enthält der Bericht wichtige Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, über gewerkschaftliche Anstaltsangelegenheiten an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperlichkeiten, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einwirkung gewerkschaftlicher Bezirks-Unterrichtsstellen und über die Arbeitsorganisation im Bureau des Bundesvorstandes.

Die Verhandlungen über den Bericht des Bundesvorstandes wurden in 16 Unterabschnitte eingeteilt. Ueber die Zentralarbeitsgemeinschaft gab Cohen noch ein besonderes instruktives Referat, das vor allem die Frage der Ausführegelung eingehend behandelte. Die Aussprache bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeit der Kohlenversorgung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Binnenverkehr. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefasst. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington legte Graßmann nochmals alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhindern. Der Ausschuss stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses zu Amsterd. unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollten, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörenden Angestelltenverbände, die mit anderen Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erziehen anlässlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnis geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfahl, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigte, daß dann die Bildung einer eigenen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Ergebnis war, daß das Ausschneiden der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund abgelehnt und dem Bundesvorstand empfohlen wurde, nach Bedarf einen besonderen fachlichen Beamten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen. Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltung- und Lohnpolitik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500 000 Mark bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen. Da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

Infolge von Klagen über Terrorisimus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedenen Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer den Organisationszwang mißbilligenden Erklärung einigte. Ueber den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschussung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuss eingesetzte Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuss beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Ueber die Arbeiten eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses berichtete Wissel. Die Reformen sollten sich auf die dringendsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuss war mit dem darauf entworfenen Programm einverstanden.

Von Seiten eines Reichsbundes der Invaliden, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands wurden an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ziemlich weitgehende finanzielle Hilfsansprüche gestellt, die der Vorstand mit Hinweis darauf ablehnte, daß die Gewerkschaft selbst die Vertretung der Interessen der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen seit jeher übernommen haben und auch in Zukunft nicht aus den Händen geben werden. Der Ausschuss stimmte dieser Auffassung zu.

Godann berichtete H. Müller über die selbsterhaltenen Verhandlungen im Ausschuss der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz, die mehrere Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschuss die Herausgabe einer Betriebsrätezeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Maßnahmen gingen indes darin auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne, oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eigenen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Blätter für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefasst, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organes einzuziehen und den Vorständen mitzuteilen.

Die Schlichtungsstelle der Schlichtungsausschüsse können nach einer Verordnung des Arbeitsministers vom 3. September 1919 vom zukünftigen Demobilisationskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalt der fraglichen Verhandlungen auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilisation beschränkt, ist sie auch bereits für Tarifstreitigkeiten in Anwendung gekommen. Ueber die Zulässigkeit und Nützlichkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wissel für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickte, wurde von Kennmann (Holzarbeiter) mit großer Energie der vermeintliche Standpunkt vertreten. Der Ausschuss faßte einen Entschluß über diesen Zweifelpunkt nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Beschleunigung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegesangehörigen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Umfange eines Heftchen herausgegeben, das in den Sammelstellen der Kriegesangehörigen verbreitet werden soll. Der Ausschuss stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des „Correspondenzblattes“ am 1. November d. J. ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Kantsch, der als Sozialattaché in den Dienst der schwedischen Gesandtschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuss den selbsterfahrenen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, August Duff, in Stuttgart. Dem Genossen Kantsch widmeten Graßmann und Staudinger warme Abschiedsworte.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist dem Institut für Gewerbelehre in Frankfurt a. M. beigetreten und hat den Genossen Reibholz (Frankfurt) zu seinem Vertreter bestellt. Der Ausschuss bewilligte für das Institut einen Jahresbeitrag von 1000 Mark.

Zu den von der Sozialen Frauenschule in Berlin veranstalteten Fortbildungskursen zur Ausbildung für die berufliche Arbeiterin in der Wohlfahrtspflege, zu denen auch Arbeiterinnen herangezogen werden sollten, wurde ein Beitrag von 5000 Mark bewilligt und die Vorstände ersucht, geeignete Bewerberinnen an Teilnahme an den Kursen namhaft zu machen.

Für den Deutschen Gewerkschaftsverband, dessen Tätigkeit in der Förderung des gewerblichen Nachschulwesens besteht, wurde ein Jahresbeitrag von 100 Mk. beschlossen. Der gleiche Betrag wurde dem Hauptauschuß für deutsche Jugendherbergen bewilligt.

Der Bundesvorstand unterbreitete dem Ausschuss die Musteranträge für die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieselben wurden mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Vom Gewerkschaftskongress waren dem Ausschuss mehrere Anträge betr. Aufhebung des Belagerungszustandes in der Industriegebiet und Übernahme der Kosten der Bezirkssekretariate übermisst. Der erstere Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirkssekretariate war der Ausschuss der Meinung, daß deren Übernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Behilflichkeitfällen eine Unterstützung einzelner Sekretariate möglich

wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfend eingreifen.

Eine nochmalige Aussprache fand statt über die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu Amsterd. am abgegebene Erklärung Sassenbachs hinsichtlich der Schulfrage am Kriege und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes. Der Ausschuss nahm die beiderseitigen Erklärungen zur Kenntnis und erachtete dieselben durch die Aussprache für erledigt. Dem Ansuchen an den Internationalen Gewerkschaftsbund stimmte er zu und wählte Legien als Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Gewerkschaften.

Godann beschloß der Ausschuss die Veranstaltung einer Hilfsaktion für die Arbeiterchaft Deutsch-Österreichs. Es sollen Sammlungen für die deutsch-österreichischen Gewerkschaften eingeleitet und der letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Betrag von 1 Million Mark auf Konto der Sammlungen überwiesen werden.

Da in Arbeiterkreisen vielfach die Arbeit wegen Kohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Drittelung des Schadens vorgeschlagen, so daß die Arbeiter zwei Drittel des Ausfalls vom Arbeitgeber und von der Erwerbslosenfürsorge erlitten bekommen.

Bei Erledigung mehrerer Ansuchen wurde dem Ansuchen der Internationalen Artillerielage an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zugestimmt. Die Lage steht auf gewerkschaftlichem Boden und zählt etwa 4000 Mitglieder. Abgelehnt wurde der Ansuchen des Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten. Der Ansuchen des Allgemeinen Schweizerbundes wurde verjagt, weil dieser sich weigert, mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen. Der Ansuchen des Verbandes der Volkereischleute wurde abgelehnt, weil dieser den bestehenden Kartellvertrag mit dem Landarbeiterverband gebrochen hat. Der Ansuchen des Vermeißlerverbandes der Schuhindustrie wurde zurückgestellt, um nähere Ermittlungen einzuleiten.

Die Fragen der passiven Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Nothilfe wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, über die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Reichsnotopfer und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und für die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

Das Forschungswesen in der Textilindustrie.

Gegen den Abg. Krähig sind in der Öffentlichkeit heftige Angriffe gerichtet worden, wegen seiner Stellungnahme zu einer Vorlage der Reichsregierung, betreffend das Forschungswesen in der Textilindustrie. Man wirft ihm im Verbandsorgan des Deutschen Textilarbeiterverbandes vor, er habe bei Verhandlungen über die Vorlage der Regierung dem Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Sachkunde in Textilfragen abgesprochen und die Interessen der Textilarbeiter schwer geschädigt, indem er den Sachmachern in die Hände gearbeitet habe. Genosse Krähig hat sofort, als er von diesen Angriffen Kenntnis erhielt, bei der Fraktion der Nationalversammlung die Einsetzung eines Ausschusses von fünf Personen beantragt, zur Untersuchung der Angelegenheit.

Der Ausschuss hat folgendes ermittelt:

1. Die Reichsregierung brachte bei der letzten Staatsberatung eine Denkschrift ein über die Absichten hinsichtlich der Förderung des Forschungswesens in der Textilindustrie. Sie verlangte 5 Millionen Mark für die Verwirklichung dieser Absichten; darunter 1 1/2 Millionen Mark für die Errichtung eines biotechnischen Instituts zur Erforschung einheimischer Faserpflanzen und zur Veredelung künstlicher Fasern. Der Zentrumsabgeordnete Erzing trat der Errichtung dieses Instituts entgegen, während Genosse Krähig für die Regierungsvorlage eintrat, wobei er darauf verwies, daß die ersten wissenschaftlichen Autoren auf dem Gebiete der Chemie und Biologie für die Errichtung des Instituts eingetreten seien. Darauf erwiderte Erzing, daß auch Fädel und der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen die Errichtung dieses neuen Instituts gewesen seien. Die seien doch auch sachverständig. Darauf rief Genosse Krähig dazwischen: „Nein, hier (auf dem Gebiete der Biologie) sind doch die Gewerkschaftsvorstände nicht sachverständig.“

Wieder! Ich hab's ja gewußt! Er kommt wieder und wird alles erfahren. ... Die unerträglichste Angst presste ihr wieder Herz und Gurgel zusammen. Sie hörte nicht, was der Arzt zu ihr sagte. Sie setzte sich willenlos auf die Bank, die er ihr bezeichneter, und nicht ihm zu, während er sich verabschiedete, um den Ingenieur von ihrer Ankunft zu benachrichtigen. Als er fort war, spähte sie um sich. Hatte er nicht davon gesprochen, daß ein Wärter in ihrer Nähe bleiben sollte? Sie konnte niemand sehen.

„Also läßt man mich wirklich hier ganz allein?“ dachte sie. Haben die Leute denn vergessen, was mir mein Mann getan hat? Sie sagen, er wäre ruhiger geworden. Sie haben wohl nie seine blutunterlaufenen Augen gesehen! ... Plötzlich hatte sie die ganz deutliche Vorstellung seines Gesichts, dieser außerordentlichen Lippen und der zusammengepreßten Zähne. Sie spürte den Faustschlag, der sie getroffen. Und ich bin hierher gekommen! Ich stürze mich wieder in diese Gefahr! Warum habe ich mich nicht mit Händen und Füßen gestraubt? Ich hätte krank werden sollen. Alles wäre besser gewesen, als daß ich mich hier totschlagen lasse. Aber sie haben mich ja förmlich hineingezerrt. Ihnen ist es ja gleichgültig, was mir passiert. ... Mit juckender Bitterkeit dachte sie an ihre Verwandten, die ihr keine Ruhe gelassen hatten, an Bert, der mit einem lächelnden Abschied genommen hatte und pflegend fortgegangen war. Haben diese Menschen denn gar kein Gefühl? Ich wollte, sie stöckten mal in meiner Haut! Was wird er tun, wenn er kommt? Er fragt mich aus, und ich weiß keine Antwort. Ich vermirre mich, und dann erfährt er alles. Und dann ... dann springt er auf und stürzt sich über mich. Er hat ja so viel Grund! Er wäre ja ein Narr, wenn er sich nicht rächt!

Plötzlich schrat sie noch mehr zusammen. Ganz am Ende der langen Allee sah sie jemanden auf sich zukommen. Das ist er! Das ist er! Sie spürte den rasenden Herzschlag bis in den Hals. Vor ihre Augen legte sich etwas wie ein Schleier, und sie zwinkerte, um ihn zu entfernen. Nein, das ist er nicht. Das ist nicht sein Gang. Das ist irgend ein hübscher alter Mann. Gustav ist gut einen Kopf größer. ... Sie fühlte sich etwas beruhigt. Noch war ihr eine kurze Spanne Zeit gegeben. Sie holte mehrmals durch den Mund Atem, um sich von dem furchtbaren Druck zu erleichtern. Sie spähte mit brennenden Augen die Allee hinunter. Der Alte kam immer näher. Er schien rasch zu gehen und kam doch nur langsam vorwärts. Und plötzlich erkannte sie, daß es doch ihr Mann war. Jetzt blieb er stehen, als wenn ihn die Kraft verließ. Er stützte sich auf seinen Stock und grüßte sie mit der Hand. Sie erkannte ihn ganz deutlich. Und während die Angst wie eine hochgewordene Woge zerbrach, ergriff sie ein ganz anderes Gefühl.

Fortsetzung folgt.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nach halbstündiger Fahrt hielt der Kutscher vor dem Gasthaus „Zur Post und zur Krone“. Als Anna sich bei dem Anstaltsportier nach dem Direktor erkundigte, trat gerade Doktor Singheimer aus dem Schloß. Er stellte sich ihr vor und erbot sich, sie zu seinem Chai zu führen. Der Arzt war betroffen von Annas Schönheit und Eleganz. Sie gestiel ihm außerordentlich in diesem dunklen Kleid, von dem sich ihr blaßes Gesicht mit dem roten Haar so wirkungsvoll abhob. Anna merkte, wie seine Augen verholten an ihr nächstem. Dadurch fühlte sie sich etwas sicherer, die Zentnerlast ihrer Angst verminderte sich.

Sie gingen durch den Park, dessen hohe Büsche im heißen Mittagsschwindeln ranken, von Wärtern begleitet, begegneten ihnen. Ein Herr, der förmlich lief, streifte fast ihren Armel und warf ihr einen müden Blick zu. Hinter ihm leuchtete sein Wärter. Von einer Bank erhob sich eine schneeweiße Dame und kam auf Anna zu. Diese sah ängstlich den Arzt an, der lächelnd erwiderte, sie sei ganz gutherzig. Das alte Mütterchen machte einen reisenden Knix.

„Guten Tag, liebe Freundin, willst du auch hier bleiben?“

„Ich weiß noch nicht“, hatterte Anna.

„Ach, hier ist es schön!“ sagte die Greisin mit schwärmerischem Augenausschlag.

„Nur immer so munter?“ fragte der Oberarzt.

„Gewiß! Ich habe heute morgen mit unserem Herrn Direktor gesprochen. Er war sehr zufrieden mit mir und sagte: Mein liebes Kind, von nun ab dürfen Sie ganz hier bleiben, im Hause des Heils.“

„Wie alt sind Sie eigentlich?“

„Siebzig Jahre.“

Dabei brach sie in ein schalkhaftes Lachen aus. Dann machte sie wieder ihren gräßlichen Knix, indem sie mit ihrem Sonnenhut einen kleinen Bogen im Sande beschrieb.

Die beiden gingen über einen wohlgepflegten Rasenweg zu der Freitreppe des Schloßes. Das Direktionszimmer lag gleich rechts vom Eingang. Der Oberarzt ließ Frau Horstmann voranzutreten. Direktor Hüpper, der in einer Unterjacke am Schreibtische saß, erhob sich und reichte Anna die Hand.

Das große, von den Bäumen beschattete Zimmer glich einem Bureau. Drei Wände waren mit Worten besetzt, in denen Altenwörter lagen. Zwischen den Fenstern hing eine Photographie des früheren Direktors, den ein Kranker mit seinem Taschmesser erlösen hatte. Auf einer Konsole lag eine Koffektion Revolver; sie

waren sämtlich wieder eingefangenen Durchbrennern abgenommen worden. In einem vergitterten Kasten hing eine Anzahl Nachschlüssel, die den Kranken anvertraut hatten. Da waren außerdem geschliffene Schlüssel aus dem Stiel eines Löffels, aus dem zusammengeworfene Deckel einer Sardinienbüchse.

Doktor Hüpper bildete Anna forschend an. Er hatte eine Abneigung gegen die allzu schönen Frauen. Sie fühlte diesen inquisitorischen Blick. Sie bearrte, daß für diesen alten Mann ihre Schönheit nur eine gleichgültige Hülle war, durch die er in ihr Inneres zu dringen suchte. Sein feindseliges Auge ließ sie Gefahr ahnen. Und die ganze furchtbare Angst, die sie bei der ersten Nachricht von diesem Besuch gehabt hatte, ergriff sie von neuem.

„Hat Ihnen Herr Doktor Singheimer schon gesagt, daß es Ihrem Herrn Gemahl besser geht?“

„Wir haben noch nicht über meinen Mann gesprochen.“

„Herr Horstmann hat sich die letzte Zeit sehr gebessert. Er ist viel ruhiger geworden, sieht jetzt seine Krankheit ein, gibt zu, daß er früher an Halluzinationen gelitten hat.“

Anna fühlte, daß sie etwas erwidern müsse, aber sie konnte kein Wort herausbringen. Es herrschte ein peinliches Schweigen, während der Arzt sie wieder aus seinen halbgeschlossenen Augen neugierig und mißtrauisch anblickte. Wenn ich ihr nun sage, daß ich ihren Mann entlassen will, wie wird sie das wohl aufnehmen? dachte er.

„Sie werden ihn vielleicht etwas geärrert finden, gnädige Frau. Eine solche Krankheit greift natürlich auch den Körper an. Aber wie gesagt, sein Zustand hat sich sehr gebessert.“

Anna, die nur den einen Wunsch hatte, dieser unerträglichen Angst, die sie folterte, zu entgehen, stieß plötzlich hervor:

„Ich habe eine große Bitte an Sie.“

„Nun?“

„Ich möchte meinen Mann mit nach Hause nehmen.“

Doktor Singheimer war aufgefahren und machte eine abwehrende Bemerkung.

Der Direktor kniff die Augen noch etwas mehr zusammen und erwiderte trocken:

„Das ist ganz ausgeschlossen, gnädige Frau.“

Einen Augenblick hatte Anna das Gefühl, als wenn in ihrer gepreßten Brust ein Ventil geöffnet würde, durch das all ihre Angst entwich. Wie erlöst atmete sie auf. Aber gleich darauf fuhr der Direktor fort, als wenn er sich eines Besseren bedänne:

„Wenigstens jetzt ist nicht daran zu denken. Wir müssen abwarten, welche Folgen der Besuch auf Ihren Herrn Gemahl hat. Dann können wir ja sehen.“

Während Anna, von dem Oberarzt begleitet, in den Park ging, bis ans Ende der langen Allee, dachte sie: Also er kommt doch

Es war also nicht von der Sachkunde auf dem Gebiet der Textilindustrie die Rede, sondern von derjenigen auf dem Gebiet der Biologie. Hier wird der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes selbst nicht sagen, daß er sachkundig sei.

2. Den Schatzmachern soll Genosse Krähig dadurch in die Hände gearbeitet haben, daß er einen Antrag Erising befristete, der wollte, daß die Vertreter der Textilarbeiter und -arbeitgeber anstatt von den Regierungen der Einzelstaaten, von der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Textilindustrie in das Kuratorium des Textilforschungsvereins vorgeschlagen werden sollten.

Der Ausschuh hat dazu folgendes ermittelt:

Genosse Krähig hat den Antrag Erising nicht bekräftigt. Der dabei beteiligte gewesene Abg. Erising behauptet das auch nicht, sondern er schreibt in der „Christlichen Textilarbeiter-Zeitung“, Krähig habe gemeint, er hätte ja nichts dagegen, aber die Arbeitsgemeinschaft funktioniere noch nicht recht und da sei es besser, wenn die Regierungen die Vorschläge machen würden.

In Wirklichkeit sagte Krähig folgendes:

„Ich habe selbstverständlich nichts dagegen, daß die neun Arbeiter und die neun Arbeitgebervertreter von der Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie vorgeschlagen werden, ich mache aber darauf aufmerksam, daß gestern in der Plenarsitzung der Reichsstelle für Textilwirtschaft bei der Verhandlung über die Wiedereinführung des Zweiklassensystems der frühere Abgeordnete Jäkel lebhaftest Klage geführt hat, daß die Arbeitsgemeinschaft in der Textilindustrie nicht recht funktioniert. Es wäre bedauerlich, wenn etwa eine neue Verzögerung eintreten sollte. Es ist daher vielleicht besser, man beläßt es bei dem Vorschlag der Vorlage, zumal ja doch auch die jetzigen Regierungen der Einzelstaaten zusammengekommen sind, daß die Arbeiter Erfüllung ihrer Wünsche erwarten können.“

Der Zentrumsgewählte Erising hat daraufhin den diesbezüglichen Antrag zurückgezogen, so daß also nur noch der Vorschlag der Regierungsvorlage übrig blieb.

Schließlich steht fest, daß Genosse Krähig ohne sein Wissen als Vertreter der Textilarbeiter in Sachsen in das Kuratorium in Vorschlag gebracht worden ist.

Die Angriffe gegen den Genossen Krähig und dadurch mittelbar auch gegen die sog. Faktion der Nationalversammlung sind also absolut unbegründet und daher unbegründet.

Berlin, den 17. Dezember 1919.

Der Ausschuh:

H. Rahmann, Franz Holzappel, Anton Bial, H. Wollenbuhr, Ernestine Luge.

Arbeiterbewegung.

Industriearbeiterschaft in dem Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe. Zwischen den Verbandsvorsitzenden der Brauerei- und Mälzerei, des Bäckerverbandes, der Gastwirtschaftlichen und des Fleischerverbandes fand am 13. Dezember in Berlin eine Aussprache über einen zu schaffenden Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiterverband statt. Einigkeit bestand darüber, daß die Entwicklung der heutigen Zeit dahin geht, große, leistungsfähige Industrieverbände zu schaffen. Für das Nahrungsmittelgewerbe könne eine derartige Organisation aber nur dann zustande kommen, wenn alle in Frage kommenden Berufsgruppen sich an der Schaffung eines Industrierverbandes beteiligen. Die Vertreter der vier Verbände erklärten sich grundsätzlich damit einverstanden, daß für das Nahrungsmittelgewerbe eine Industriearbeiterschaft geschaffen wird. In der ersten Hälfte des Monats März soll eine provisorische Konferenz der vier in Frage kommenden Gewerkschaften sich mit der Schaffung eines Industrierverbandes befassen.

Uebereinkommen zwischen deutschen und französischen Gewerkschaften. Wie französische Zeitungen mitteilen, haben die deutschen und französischen Gewerkschaften des Baugewerbes ein Abkommen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse für die deutschen Arbeiter unterzeichnet, die zum Wiederaufbau in das Kriegsgewerbe nach Nord-Frankreich geschickt werden sollen. Das Abkommen erstreckt sich auch auf die Arbeiter, welche aus Oesterreich-Ungarn nach Frankreich gehen.

funben. Sie war Sonntagabend in Begleitung eines unbekannten Mannes in ihre Wohnung gekommen. Kurz darauf vernahm Hausbewohner einen lauten Schrei, der anscheinend aus der Wohnung drang. Sonntag morgen wurde das Mädchen mit einer Handkammer erbrochen in der Wanne aufgefunden. Der Täter hat Kleidungsstücke und einen größeren Geldbetrag geraubt.

Meuterei in einem Zuchthaus. Im Zuchthaus zu Siegen haben bei Marburg am Sonntag zu einer schweren Revolte. Etwa 20 Zuchthäuser übergewaltig als sie zum Gottesdienst geführt werden sollten, den Aufseher, bemächtigt sich eines Maschinengewehrs und brachten damit aus, um dann die Gegegnung zu machen. Reichswehr ging nach hartnäckigem Kampf eine größere Anzahl der Ausbrecher wieder ein; nach den andern wird eifrig gefolgt.

Petroleumlager in der Schweiz. Neue Untersuchungen haben, wie in der „Anschauung“ mitgeteilt wird, gezeigt, daß in der Schweiz reiche Vorkommen von einer Art Petroleum in bester Qualität in Hunderttausenden von Tonnen in der Erde liegen. Gelingt es, diese Vorkommen in rationeller Weise abzubauen, so wäre die Schweiz dadurch mit den Hochprodukten der Petroleumindustrie versorgt.

Explosion in einem Kino. In einem Kinematographentheater in Ben Aemla bei Tunis kam es aus unbekannter Ursache zu einer Explosion, durch die 16 Personen, darunter 14 Italiener, getötet und acht verwundet wurden.

Reich und Ausland.

Maschinenbau im Gebäude der „Victoria“. Montag vormittag zerschanden die Beamten der Versicherungs-Gesellschaft „Victoria“ in Berlin, die sich augenblicklich in einer Lohnbewegung befinden, die in dem Gebäude der Gesellschaft in der Lindenstraße aufgestellten Maschinenmechre und Karabiner und vernichteten die Munition. Die Waffen waren von der Einwohnerwehr vor einigen Monaten in dem Gebäude untergebracht worden. Zu weiteren Unruhen ist es nicht gekommen.

Ein guter Kauf. Auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin wurden 2000 Paar Militärstiefel beschlagnahmt, die von Danzig gekommen waren und zum Preise von 18 Mk. der Allgemeinheit ungeschützt werden sollten. Man kam auf die Verkleidung dadurch, daß ein Händler in Berlin Militärstiefel zum Preise von 85 Mk. das Paar in großen Mengen zum Kauf anbot.

Sturm auf einer Prostituierten. In Potsdam wurde Sonntag morgen die zweiundzwanzigjährige, unter sittenpolizeiliche Kontrolle stehende Marie Grischewski ermordet auf-

Theater und Musik.

Das neue vollständige Konzert hatte als Programm echte Werke Richard Wagner und war deshalb als Wagners Abend bezeichnet worden. Leider ist der ständige Dirigent Herr Kapellmeister v. Böhm erkrankt; an seiner Stelle übernahm Herr v. Alpenburg vertretungsweise die Leitung. Die Umstände sind es auch wohl zuzuschreiben, daß der Trauermarsch bei Siegfrieds Tod ausfiel. Was geboten wurde war gut, wie man es bei unserm vortrefflichen Orchester gemohnt ist; stärkere Eindrücke hinterließ jedoch eigentlich nur „Siegfrieds Rheinfahrt“ aus der „Götterdämmerung“, die glanzvoll wiedergegeben wurde, und das Bachal „Der Menuet“ aus „Lohnhäuser“ in der Partier Bearbeitung, in der etwas mehr höllisches Feuer brennt, wie in der üblichen Fassung. Vorspiele zu „Lohengrin“, „Tristan“ (mit Liebermann), zum dritten Akt der „Meistersinger“ mit Chor der Lehrlinge, Walfrümmel aus der „Walküre“ sowie der Sublimationsmarsch bildeten den übrigen Teil der Vortragsfolge, die von Herrn v. Alpenburg mit Geist und Gewissenhaftigkeit unter dem Beifall des Publikums erledigt wurde.

Gasabgabe während der Feiertage.

Am 24., 25. und 26. des Monats darf in den Abendstunden von 4 1/2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends Gas entnommen werden.

Lübeck, den 23. Dezember 1919. (12115)

Die Betriebsbehörde.

Schließen der Gasähne.

Es ist festgesetzt worden, daß viele Gasabnehmer die wiederholt gegebene Anordnung, alle Gasähne während der Feiertage geschlossen zu halten, nicht beachten. Die Nichtbeachtung dieser Anordnung birgt Explosions- und Vergiftungsgefahren in sich.

Die Gasabnehmer werden deshalb nochmals dringend ermahnt, die Wasserähne an Brennern, Kocher- und sonstigen Verbrauchsapparaten nach der Benutzung in den freigegebenen Gasentnahmestellen sorgfältig zu schließen und während der Feiertage geschlossen zu halten. Nur auf diese Weise können Gasentweichungen und durch sie hervorgerufene Vergiftungs- und Explosionsgefahren verhindert werden.

Lübeck, den 23. Dezember 1919. (12116)

Die Betriebsbehörde.

Einsparung der für Deutsch-Oesterreich aufgewendeten Mehlmengen.

Angelehrt der Hungersnot in Deutsch-Oesterreich hat die Nationalversammlung nach einstimmigem Beschluß die Reichsregierung ermahnt, trotz unserer eigener Notlage, Deutsch-Oesterreich und insbesondere der Stadt Wien, mit Mehl auszuheilen. Die notwendigen Mehlmengen sind dem Deutsch-Oesterreichischen Ernährungsministerium bereits angelehrt. Laut Beschluß der Nationalversammlung sind diese Mehlmengen wieder einzusparen, indem die für die versorgungsberechtigte Bevölkerung festgesetzte Mehlration für den Versorgungszeitraum von einem Monat entsprechend gekürzt wird. Das Nähere hierüber wird noch bekannt gemacht werden.

Die Selbstversorger werden sich von diesem Hilferuf zuwenden der deutschösterreichischen Brüder nicht ausschließen wollen. Das Landesversorgungsamt beachtet, daß ihnen durch die Mehlration für die Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1920 freizugebende Brotgetreide um ein Kilogramm zu kürzen. Selbstversorger, die nur dieser Kürzung nicht einverstanden sein sollten, werden aufgefordert, bei dem Landesversorgungsamt, Abt. I, spätestens bis zum 1. Januar 1920 Einspruch zu erheben.

Lübeck, den 22. Dezember 1919. (12112)

Das Landesversorgungsamt.

Gasengeldverlehr.

Belegungen der Empfänger und Beschlüsse der Abnehmer über Güterwagen, welche Sonnabends, den 27. Dezember ent- oder beladen werden sollen, sind spätestens Donnerstag, den 25. Dezember, bis 12 Uhr mittags, abzugeben.

Zu bis zu diesem Zeitpunkt nach den §§ 101 bis 103 - Gasengeldverlehr - besonderten Regeln werden dort ebenfalls möglichsten schon am Sonnabend gestellt.

Die Direktion der Lübeck-Gas- u. Wasser-Verk. (12078)

Bekanntmachung.

In der Woche vom 21. 12. 1919 bis 31. 1. 1920 werden frische Kantabatterverteilung halt.

Lübeck, den 22. Dez. 1919.

Das Landesversorgungsamt.

Allgemeines Krankenhaus.

Arbeitszeit: Mittwoch den 24. und Donnerstag den 25. d. Mts. von 2 bis 3 Uhr nachmittags; Freitag, den 26. d. Mts. keine Arbeit.

(12100) Die Direktion

Karl Behrgus u. Frau

Wien, Mühlentempel 8, 1. Kl. Laden, Mitte d. Stadt u. mit. gesucht. (12063) Angeb. n. W 13 9 a. d. Gr.

Fremdwörterbuch

Von A. Boneck. Mk. 1.60.

Friedr. Meyer & Co.

ff. Petroleum auf Marken. 12124

Stielseff

die 1/2-Pf.-Dose nur 1.30 bei C. Grimm Nachf. Lederhandlung. 12064

Dr. med. Elsbeth Haas

verleht 12079 vom 23. Dezember bis 4. Januar einsetzt.

Meckl. Kümmel-Korn, Korn-Cognac-Verschnitt

in verschiedenen Preislagen, abgemalt. Bilz-Rum, Glasche 5 Mk.

Tabak Zigaretten

empfehlen

Ernst Voss

Gr Burgstraße 59. Fernruf 410. 12077

Ein fast neuer Kleider-schrank zu verkaufen.

12180) Schwanen Allee 99.

Reine Damen-Eitel. Gr. 40, zu verkaufen.

Waldenmayer 87, 12100) unterh. Rohannisstr.

Ein Haus zu kauf. ge-norm. Holzent., das Schauterpferd u. Spielfachen zu verkaufen.

(12125) Weithoffstraße 55 pt.

Verlesen Sonn. abend i. d. Holzent. 1 Tam-Dur Abg. von Melohn. Weithoffstr. 29 III. ab. Parade 2.

Stunts - Wet. der. von Adlershorst b. Obertrabe am Sonnab. abd. Sea. hoh. Bel. abwarb. Obertrabe 121.

Friedr. Meyer & Co.

ff. Petroleum auf Marken. 12124

Stielseff

die 1/2-Pf.-Dose nur 1.30 bei C. Grimm Nachf. Lederhandlung. 12064

Dr. med. Elsbeth Haas

verleht 12079 vom 23. Dezember bis 4. Januar einsetzt.

Meckl. Kümmel-Korn, Korn-Cognac-Verschnitt

in verschiedenen Preislagen, abgemalt. Bilz-Rum, Glasche 5 Mk.

Tabak Zigaretten

empfehlen

Ernst Voss

Gr Burgstraße 59. Fernruf 410. 12077

Ein fast neuer Kleider-schrank zu verkaufen.

12180) Schwanen Allee 99.

Reine Damen-Eitel. Gr. 40, zu verkaufen.

Waldenmayer 87, 12100) unterh. Rohannisstr.

Ein Haus zu kauf. ge-norm. Holzent., das Schauterpferd u. Spielfachen zu verkaufen.

(12125) Weithoffstraße 55 pt.

Verlesen Sonn. abend i. d. Holzent. 1 Tam-Dur Abg. von Melohn. Weithoffstr. 29 III. ab. Parade 2.

Stunts - Wet. der. von Adlershorst b. Obertrabe am Sonnab. abd. Sea. hoh. Bel. abwarb. Obertrabe 121.

Friedr. Meyer & Co.

ff. Petroleum auf Marken. 12124

Stielseff

die 1/2-Pf.-Dose nur 1.30 bei C. Grimm Nachf. Lederhandlung. 12064

Dr. med. Elsbeth Haas

verleht 12079 vom 23. Dezember bis 4. Januar einsetzt.

Meckl. Kümmel-Korn, Korn-Cognac-Verschnitt

in verschiedenen Preislagen, abgemalt. Bilz-Rum, Glasche 5 Mk.

Tabak Zigaretten

empfehlen

Ernst Voss

Gr Burgstraße 59. Fernruf 410. 12077

Zur Aussperrung im Holzgewerbe.

Lübeck, den 20. Dezember 1919.

An den Deutschen Holzarbeiter-Verband Lübeck.

In der heutigen gemeinsamen Sitzung des Bundes der Arbeitgeber in Lübeck und Umgegend und dem Arbeiter-Verband für das Holzgewerbe in Lübeck ist folgendes beschlossen worden:

Die Aussperrung der Holzarbeiter wird aufgehoben. Die Arbeiter werden aufgefordert, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Der Bund der Arbeitgeber hat es übernommen, mit ihnen in fortwährender Verhandlung über die schwebenden Fragen, insbesondere Lohnfragen einzutreten, wobei ausdrücklich zu betonen wird, daß die im Verhandlungswege zu vereinbarenden Regelungen rückwirkend vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an in Kraft treten soll.

Wir bitten Sie, dem Bund der Arbeitgeber halb-möglichst eine Kommission von Herren aufzugeben, die die Verhandlungen mit dem Bund der Arbeitgeber führen sollen. Der Bund der Arbeitgeber wird hierfür 5 Herren in Aussicht nehmen.

Arbeitgeber-Verband für das Holzgewerbe zu Lübeck.

(12082)

Aufruf für Wien!

Die Not in Wien ist so furchtbar geworden, daß ein großer Teil der Bevölkerung gefährdet ist. Nur schleunige Hilfe kann vielleicht vor dem unmittelbar drohenden Hungertode vieler Tausende von Kindern zu retten. Ueberzeugt, daß auch in Lübeck für die bedauernswerten Lage der deutschen Brüder das wärmste Mitgeföhlege ist, wenden wir uns an die Öffentlichkeit mit der herzlichsten Bitte, schnell und reichlich zu geben. Freundliche Spenden werden von allen Parteien auf Konto „Hilfsaktion für Wien“ und außerdem am Oesterreichischen Konsulat, Bockbrunn Nr. 16, entgegengenommen.

Gewaltige Zuwendungen entbehrlicher Brotkrumen oder Reisbrotkrumen werden vom hiesigen Konsulat gern empfangen.

Oesterreich. Konsul Sackau, Bürgermeister Dr. Fehting, Senator Kulentanz, Senator Dr. Neumann, Senator Hoff, Senator Zimmler, Weichenau, Vizefeldt, Ehren-direktor Christophers, Bares Hermann, Ehrenburg, Senator Everts, Raurat Direktor Dr. Müller, Ober-direktor Otto Gerich, Vorgesender des Hilfsvereins, Direktor Dr. Hartwig, Konsul W. Heinecker, Vizekonsul Janssch, Julius Klein, Hauptpastor Käthe, General-direktor Dr. Niemann, Direktor Prof. Dr. Rosenthal, Prof. Dr. Schäfer, Direktor Dr. Schmalz, Vizekonsul Stahlschmidt, Direktor Dr. Stodie, Konsul Carl Desdorps, Rabbiner Wasserbaum, Ernst Welle, Schützer Dr. Ungarman. (12078)

4333 sind das schönste

Weihnachts-Geschenk

für jeden wahren Musikfreund

Große Auswahl in Apparaten u. Platten 12070 im Spezialhaus der Odeon-Werke

Max Engelhardt

49 Lüxstraße 49



Wir werden unsere Kassen

Mittwoch, d. 24. Dezbr. 1919

(Weihnachtsabend)

wie Sonnabends, von 9—1 Uhr geöffnet halten, dagegen werden

Sonnabend, d. 27. Dezbr. 1919

unsere Kassen gänzlich geschlossen bleiben.

Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H., Commerz-Bank in Lübeck, Commerz- u. Diskont-Bank, Filiale Lübeck, Direktion der Diskont-Gesellschaft, Filiale Lübeck, Dresdner Bank, Filiale Lübeck, Alfons Frank & Co., Holsten-Bank, Abteilung Lübeck, Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H., Landbank Lübeck, e. G. m. b. H., Lübecker Privatbank, Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck, Spar- und Vorschub-Verein Schwartau, Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck, Louis Wolff, Commandit-Gesellschaft. 12071